

Initiativgruppe „40 Jahre Radikalenerlass“

Klaus Lipps
Pariser Ring 39
76532 Baden-Baden
Tel. 07221 62224
E-Mail k.lipps@posteo.de



An den Herrn Ministerpräsidenten
Winfried Kretschmann
Staatsministerium Baden-Württemberg
Richard-Wagner-Str.15
70184 Stuttgart

15.10.2018

Aufarbeitung „Radikalenerlass“ in Baden-Württemberg

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

als Sprecher der Initiativgruppe „40 Jahre Radikalenerlass“ schreibe ich Ihnen heute (wie schon mehrmals in den vergangenen Jahren) im Namen der vielen ehemals vom Berufsverbot Betroffenen, die wir vertreten.

Unsere Gruppe hat sich im November 2011 zusammengetan und folgende Forderungen an die politisch Verantwortlichen in Baden-Württemberg formuliert:

1. Wir fordern eine Entschuldigung für das Unrecht, das uns und unseren Familien angetan wurde.
2. Wir fordern unsere Rehabilitierung als demokratische Staatsbürger.
3. Wir fordern eine angemessene finanzielle Entschädigung für diejenigen von uns, die durch das Berufsverbot unverschuldet in Altersarmut geraten sind.

Sie, Herr Ministerpräsident, haben in Ihrem Schreiben vom 21. Dezember 2012 ein gewisses Verständnis für unser Anliegen ausgedrückt. Und vor allem haben Sie die „wissenschaftliche Aufarbeitung“ der Politik der Berufsverbote in Aussicht gestellt. Für uns von besonderer Bedeutung war dabei der letzte Satz Ihres Briefes:

„Bei der Aufarbeitung wollen wir auch die Erfahrungen unmittelbar Betroffener einbeziehen.“
Wir haben natürlich gern unsere Mitarbeit angeboten.

2015, beim „Runden Tisch“ mit den grünen Abgeordneten Ulrich Sckerl und Beate Böhlen sowie Frau Haller-Haid von der SPD überreichten wir einen ausführlichen Vorschlag für eine wissenschaftliche Aufarbeitung, bei dem wir vor allem von Dr. Dominik Rigoll beraten worden waren. Und wir übergaben eine Liste mit 27 Namen von Betroffenen, die nach unserer Einschätzung dringend auf finanzielle Entschädigung angewiesen sind.

Herr Sckerl versprach ein weiteres Treffen im Januar 2016 – aber dieses Versprechen wurde zu unserem Bedauern nicht eingehalten. Seither haben wir leider nichts mehr gehört.

Inzwischen hat sich einiges getan mit unserem Thema:

- Nach der Bildungsgewerkschaft GEW (16.03.2012) haben sich auch die Gewerkschaft ver.di (24.09.2015) und die IG Metall (18. bis 24.10.2015) auf ihren jeweiligen Bundeskongressen unserer Sicht und unseren Forderungen angeschlossen.
- Nach der Bürgerschaft Bremen (2011) hat auch der Landtag von Niedersachsen im Herbst 2015 sein Bedauern über die Politik der Berufsverbote und ihre persönlichen und gesellschaftlichen Folgen ausgedrückt. In Hannover wurde die ehemalige Gewerkschaftsvorsitzende und Landtagsabgeordnete Jutta Rübke beauftragt, ein Jahr lang die niedersächsischen Fälle zu dokumentieren und zu analysieren. Frau Rübke arbeitete mit einer Kommission, der neben Wissenschaftlern und Gewerkschaftern auch Betroffene angehörten. Im Frühjahr 2017 legte sie das vorläufige Ergebnis der Arbeit ihrer Kommission vor, den sog. „Rübke-Bericht“ (https://designagenten.com/wp-content/uploads/2018/05/JM_WEB_Berufsverbote.pdf).

- Zuletzt hat nun die Bürgerschaft der Hansestadt Hamburg am 22. August 2018 auf Antrag der SPD und der Grünen beschlossen, die Praxis der Berufsverbote in Hamburg wissenschaftlich aufzuarbeiten.

Wir fühlen uns durch diese Entwicklungen bestätigt und bestärkt.

Herr Ministerpräsident,

wir erwarten, dass sich auch in unserem Land endlich etwas in dieser Richtung bewegt. Wir schlagen vor, dass Sie zumindest als ersten Schritt das Wissenschaftsministerium jetzt beauftragen, die von Ihnen am 20.12.2012 angekündigte wissenschaftliche Aufarbeitung der Berufspolitik in Baden-Württemberg zu beginnen. Wir sind gern zur Mitarbeit bereit - mit unseren Erfahrungen und mit unseren Akten.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Klaus Lipps